
Die „Gastarbeiter“-Wanderung nach Wien und ihre Folgen*

Andreas Weigl

1. Von der Zuwanderungs- zur Integrationsdebatte?

Die Präsentation des vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres im Auftrag gegebenen „Integrationsbericht 2014“,¹ der von einem unabhängigen Expertenrat unter dem Vorsitz von Heinz Fassmann verfasst wurde und sich in die Reihe einschlägiger Berichte der Vorjahre reiht, verweist auf eine seit geraumer Zeit zu beobachtende Verschiebung des öffentlichen Interesses in Österreich von Fragen der Zuwanderung zu Fragen der Integration bzw. des gesellschaftlichen Umgangs mit Diversität. Die rezente Diskussion um das „Islamgesetz“ macht diesen Wandel besonders deutlich. In der sozialwissenschaftlichen Forschung bildet sich diese Schwerpunktverlagerung zum Thema Integration etwa in der Popularität von Modellen des „Integrationsmonitorings“ ab.²

Die zunehmende Fokussierung auf Integrationspolitiken kommt nicht ganz von ungefähr. Nach einer etwa von 1995 bis 2000 reichenden Übergangsphase haben sich nach der Jahrtausendwende die Gewichte innerhalb der großen Zuwanderungsgruppen nach und nach verschoben. Während die Zuwanderung aus den sogenannten „Gastarbeiterländern“ an Bedeutung verloren hat, waren und sind es MigrantInnen aus EU-Ländern wie Deutschland oder Ungarn und nicht zuletzt eine wieder erhebliche Zahl an Asylwerbern, die das Profil der Migrationsströme nach und von Österreich bestimmen. Da die Zuwanderung aus EU-Ländern mit keinen ausgeprägten Unterschichtungsphänomenen verbunden ist und allenfalls diffuse Abwehrreaktionen der autochthonen Bevölkerung auslöst, hat die ansteigende Zahl von Asylwerbern primär eine innenpolitische Debatte über den EU-weiten und nationalen Aufteilungsschlüssel ausgelöst, während die ohnehin restriktiv gehandhabte Anerkennungspraxis von Flüchtlingen nicht thematisiert wurde. Von dieser Akzentverschiebung in der Migrationsdebatte blieb natürlich auch die Migrationsforschung nicht unberührt. Diese wendet sich zunehmend Fragen der Diskriminierung, der

* Bei vorliegendem Beitrag handelt es sich um eine ergänzte und aktualisierte Version von „Die ‚Gastarbeiterwanderung‘ nach Wien – Versuch eines Resümeees“ aus Schmee, Josef (Hrsg.), Wiener Herausforderungen (= Stadtpunkte 13, Wien 2015).

Bildung und generell spezifischen Problemen der zweiten und dritten Generation zu.

Das Jahr 2014 war jedoch auch ein Jahr des Rückblicks. Es galt dem 50 Jahre zurückliegenden Abschluss des Anwerbeabkommens mit der Türkei zu gedenken. Passend dazu befasste sich eine im Juli 2014 im Auftrag des Außenministeriums publizierte Studie mit den historischen Wurzeln des österreichisch-türkischen Anwerbeabkommen und zog dabei auch eine kritische Bilanz über die bisherige zeitgeschichtliche Forschung zum Thema.³ Als wichtiges Resultat der Studie kann festgehalten werden, dass noch erhebliche Forschungslücken bestehen, wenngleich die von dem an der Universität Innsbruck lehrenden Zeithistoriker Dirk Rupnow aufgestellte Behauptung, es handle sich um eine „Leerstelle“ im kollektiven Gedächtnis der Zweiten Republik,⁴ angesichts einer breiten Palette historisch-sozialwissenschaftlicher Studien – es sei exemplarisch nur auf den Erfolg von Michael Johns und Albert Lichtblaus Klassiker „Schmelztiegel Wien“ oder einschlägiger Ausstellungen zum Thema⁵ – doch etwas überzogen scheint.

Das auch die Geschichte der „Gastarbeiterwanderung“ Raum für kontroverielle Diskussionen bietet, lässt sich an einem Interview Dirks Rupnows für die „Tiroler Tageszeitung“ anschaulich belegen. In diesem Interview verglich Rupnow die Anwerbeprozedur in der im Jahr 1964 von der Wirtschaftskammer eingerichteten „Österreichischen Kommission in der Türkei“ mit einer entwürdigenden „Fleischbeschau, bei der es gewissermaßen wie am Pferdemarkt zugeht“.⁶ Dieses Interview veranlasste den ehemaligen Leiter der Kommission, Siegfried Pflegerl, nicht nur zu einer Entgegnung, in der er den im Interview erhobenen Vorwurf, die Wirtschaftskammer wolle sich ihrer Vergangenheit nicht stellen, zurückwies,⁷ sondern auch zu einer ausführlichen Darstellung seiner Sicht der Dinge im Netz. Insbesondere konnte Pflegerl darin belegen, dass die medizinische Untersuchung im Artikel 8 des türkisch-österreichischen Anwerbeabkommens verankert worden war, der damaligen internationalen Rechtslage mit Bezug auf Seuchenprävention entsprochen hatte und den Vorwurf „dehumanisierender rassistischer Rosshändlermethoden“ keinesfalls rechtfertige.⁸ Lebensgeschichtliche Interviews lassen allerdings erkennen, dass die angesprochenen medizinischen Untersuchungen zumindest einzelnen Betroffenen unangenehm in Erinnerung geblieben sind.⁹

Nun könnte man die Debatte zwischen Rupnow und Pflegerl als Diskussion um eine Detailfrage abtun oder lediglich als Hinweis auf eine quellenkritische zeithistorische Aufarbeitung der Geschichte der „Gastarbeiterwanderung“ nach Österreich verstehen. Ihre Bedeutung geht jedoch meiner Ansicht nach weiter und reicht bis in die Gegenwart. Es hat sich in der Interpretation des Umgangs der Zweiten Republik mit der Gastarbeiterbeschäftigung nämlich ein neues, exponiertes Narrativ bei einigen Zeithisto-

rikern und Sozialwissenschaftlern ausgebildet, welches die Geschichte der „Gastarbeiterwanderung“ durch das Fortwirken postnationalsozialistischer historischer Strukturen gekennzeichnet sieht. Sowohl die gesetzlichen Regelungen wie auch die Sprache der Administration, so die Vertreter dieser Position, sei durch entsprechende Marker wie die Verwendung von Begriffen wie „Fremdarbeiter“ charakterisiert gewesen.¹⁰ Abgesehen davon, dass sich die Anhänger dieser These den Vorwurf gefallen lassen müssen, implizit eine Verharmlosung des Nationalsozialismus zu stützen, ist ein solcher Zugang einer differenzierten Analyse der Ideologiemilieus der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und ihrer Verknüpfungen mit der Bürokratie, den politischen Parteien bei der Entwicklung der legislatischen und administrativen Vorgaben nicht unbedingt förderlich. Sie trägt auch wenig zum Verständnis der systeminternen Semantik bestimmter Begriffe, die früher nationalsozialistische Konnotationen besaßen, bei. Vor allem aber vermag dieser Ansatz kaum, die Rolle der MigrantInnen als Akteure zu fassen. Werden jedoch die Kosten-Nutzen-Kalküle von Herkunfts- und Zielländern, von MigrantInnen und Autochthonen als gleichzeitige, konfliktierend wirkende ökonomistische Partialrationalitäten genügend in den Blick gebracht, lassen sich über den historischen Befund hinaus Erkenntnisse zum Verständnis der heutigen Situation gewinnen. Im Folgenden wird letzterer Position der Vorzug gegeben und dies am Beispiel der Geschichte der Wiener „Gastarbeiterwanderung“* versucht zu modellieren.

2. Gastarbeiter heute

Zur Bestimmung der Rolle von Gastarbeitern in der heutigen Wiener Bevölkerung ist es zunächst erforderlich, eine Begriffsbestimmung vorzunehmen, denn unter Gastarbeiterwanderung werden zum Teil recht unterschiedlich weit gefasste Migrationsbewegungen in der einschlägigen Literatur subsumiert. Eine besonders enge Definition beschränkt die Gastarbeiterwanderung auf den von etwa Mitte der 1960er-Jahre bis zum ersten Ölpreisschock 1973 stattgefundenen Wanderungsschub, der durch ein zunächst stark reglementiertes Wanderungsregime geprägt war und dessen Basis bilaterale Verträge zwischen Österreich und der Türkei bzw. Jugoslawien bildeten. Es gibt allerdings gute Gründe, diese Gastarbeiterwanderung nicht 1973 enden lassen zu wollen, sondern auch die darauf folgende Phase des Familiennachzugs bei gleichzeitigem Beschäftigtenabbau und schließlich auch die Phase der Aktivierung von Migrationsnet-

* Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Folge auf Anführungszeichen beim Begriff „Gastarbeiter“ verzichtet, obwohl es sich natürlich um einen Euphemismus handelt.

zen mit Jugoslawien und der Türkei im Zuge der „Migrationskrise“ der Jahre 1989 bis 1993 diesem Wandertyp zuzurechnen. Nach dieser hier in der Folge weiter verwendeten Periodisierung endete die Gastarbeiterwanderung erst mit dem Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkriegs. Selbst danach kam es jedoch noch einige Jahre zu einem Zustrom von ArbeitsmigrantInnen aus Ex-Jugoslawien, der zumindest teilweise weder als Flüchtlingsmigration noch als Familienzusammenführung zu werten ist. Der in den Blick genommene Zeitraum umfasst also, was den Zeitpunkt der Zuwanderung anlangt, etwa die Periode von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1990er-Jahre.

Welches demografische Gewicht haben nun diese Migrantengruppen in der Gegenwart? Ein sehr verlässlicher Indikator dafür ist das Geburtsland der Wohnbevölkerung, wie es im Rahmen der Registerzählung von 2011 und der Volkszählung von 2001 erhoben wurde. Demnach waren im Oktober 2011 rund 9% der Wohnbevölkerung Wiens in Ex-Jugoslawien (mit Ausnahme Sloweniens) und rund 4% in der Türkei geboren.¹¹ Darunter sind natürlich zum Teil auch in den letzten beiden Jahrzehnten Zugewanderte inkludiert. Aus einem Vergleich der Ergebnisse der Volkszählung von 2001 und der Registerzählung von 2011 kann allerdings auf das Gewicht der rezenten Wanderungsbewegungen geschlossen werden. Demnach hat sich die Zahl der in Ex-Jugoslawien Geborenen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts um etwa 30.000, die der in der Türkei Geborenen um rund 20.000 erhöht. Das entsprach allerdings nur mehr weniger als einem Drittel des gesamten Zuwachses der im Ausland geborenen Wohnbevölkerung in diesem Jahrzehnt.

Neben diesen Großzählungsergebnissen liegen über das Einreisejahr für einen weiter zurückreichenden Zeitraum für ganz Österreich Ergebnisse einer Zusatzerhebung zur Arbeitskräfteerhebung 2008 vor, die angesichts des großen Gewichts der Zuwanderung nach Wien innerhalb der österreichischen Zuwanderung durchaus auch für Wien aussagekräftig sind. Nach dieser Erhebung kam es bei der dauerhaften Zuwanderung von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu den größten Veränderungen. Von den in Serbien Geborenen stammten 2008 rund 60% aus der Phase der Gastarbeiterwanderung, unter den von der Flüchtlingswelle infolge des jugoslawischen Bürgerkriegs besonders betroffenen Bosniern etwa ein Drittel. Unter den in der Türkei Geborenen waren rund die Hälfte bis 1990 zugewandert. Während jedoch die Zuwanderung aus Serbien ab den 1990er-Jahren sich sehr deutlich abschwächte, um in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre wieder etwas anzusteigen, verlief der Rückgang bei den TürkinInnen kontinuierlicher.¹²

Auf Wien bezogen ergab eine im Jahr 2011 durchgeführte Befragung von rund 1.000 AK-Mitgliedern im Rahmen einer Studie über die Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund einen Anteil von

Tabelle 1: Die Wiener Wohnbevölkerung nach Geburtsland 2001 und 2011

Geburtsland	31.10.2011						15.5.2001		2001-2011	
	Staatsbürgerschaft			Gesamt			Gesamt		Zuwachs	
	Österreich	in %	Ausländisch	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	
Österreich	1.138.687	84,9	51.121	13,7	1.189.808	69,4	1.183.834	76,4	5.974	
Ausland ¹	203.168	15,1	321.251	86,3	524.419	30,6	366.289	23,6	158.130	
(ehem.) Jugoslawien ²	55.865	4,2	97.316	26,1	153.181	8,9	124.812	8,1	28.369	
Türkei	30.886	2,3	35.457	9,5	66.343	3,9	47.321	3,1	19.022	
Zusammen	1.341.855	100,0	372.372	100,0	1.714.227	100,0	1.550.123	100,0	164.104	

¹ Einschließlich „unbekannt“; ² ohne Slowenien. – Quelle: Statistik Austria; eigene Berechnungen.

rund 25-30% vor 1990 zugewanderter Migranten ex-jugoslawischer und türkischer Herkunft. Etwa die Hälfte der ex-jugoslawischen und türkischen Frauen, die im Rahmen dieser Studie befragt wurden, war erst in den 1990er-Jahren zugewandert.¹³ Der Grund für den kontinuierlicheren Verlauf der türkischen Zuwanderung liegt in der in den letzten beiden Jahrzehnten übertragenden Bedeutung von Familienzusammenführungen für die Zuwanderung von TürkinInnen, der bei keiner anderen Migrantengruppe im gleichen Ausmaß gegeben ist. Erst die Inkraftsetzung der restriktiven Zuwanderungsbestimmungen ab 2006 sorgte auch bei dieser Gruppe für eine gewisse Zäsur.

Während also gerade in den letzten beiden Jahrzehnten das demografische Gewicht der Gastarbeiter unter der Bevölkerung ausländischer Herkunft (im Ausland Geborene und in Österreich geborene ausländische Staatsbürger) aufgrund des Auslaufens des eigentlichen Migrationsprozesses abgenommen hat, ist jenes der „zweiten und dritten Generation“ im Steigen. Das hat nicht nur mit dem Ende der Gastarbeiterwanderung zu tun, sondern ist nicht zuletzt auf die höhere Fertilität von Frauen türkischer Herkunft, eingeschränkt auch jene ex-jugoslawischer Herkunft, zurückzuführen. Zuletzt lag der Anteil der Lebendgeborenen in Wien mit Migrationshintergrund bei 83%. D. h., vier von fünf Neugeborene hatten zumindest einen Elternteil, der im Ausland geboren wurde. Im Jahr 2012 kamen auf 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren ohne Migrationshintergrund 46 Le-

bendgeborene. Bei Frauen mit türkischem Migrationshintergrund waren es jedoch 92, bei jenen mit bosnischer Herkunft 76 und mit serbischer 68 und kroatischer 63.¹⁴ Das entspricht in etwa durchschnittlichen Kinderzahlen zwischen 1,2 (Frauen ohne Migrationshintergrund) und 2,4 (Frauen mit türkischem Migrationshintergrund). Insofern ist das zu erwartende künftige demografische Gewicht der zweiten und dritten Generation ganz erheblich. Derzeit überwiegt jedoch noch bei Weitem die erste Generation. Nach der erwähnten AK-Studie liegt ihr Anteil unter ArbeitnehmerInnen wohl noch um und teilweise sogar über 80%.

Die gegenwärtige Wiener Gastarbeiterpopulation zerfällt demnach in drei Gruppen: die erste, die zweite (dritte) Generation und die Gruppe der „Nachzügler“, die durch Familienzusammenführung oder vereinzelt auch noch als Arbeitsmigranten seit etwa Mitte der 1990er-Jahre aus Nachfolgestaaten Jugoslawiens oder aus der Türkei zugewandert sind. Diese drei Gruppen stellen die Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vor teilweise recht unterschiedliche Herausforderungen.

3. Die Wirkungen der Gastarbeiterwanderung auf den Wiener Arbeitsmarkt

Voraussetzung für die Arbeitsmigration aus dem euromediterranen Raum war bekanntlich die sehr unterschiedliche nationale Faktorausstattung in den entwickelten Industrieländern Westeuropas einerseits und u. a. Jugoslawiens und der Türkei andererseits. Die bilateralen Anwerbeabkommen zwischen Ziel- und Herkunftsländern versprachen eine „win-win“-Situation. Von der als vorübergehend vermuteten Beschäftigung von Arbeitskräften im Norden versprachen sich die Entscheidungsträger in den Herkunftsländern Know-how, Devisen und – das wird vielfach übersehen – eine Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes. In den Zielländern waren billige Arbeitskräfte gesucht, die vor allem bereit waren, Tätigkeiten im sekundären Segment des Arbeitsmarktes zu übernehmen, für die das inländische Arbeitskräfteangebot zunehmend ausdünnte. Auch sorgte der zunehmende Wohlstand der „Wirtschaftswunder“-Jahre für eine stark sinkende Bereitschaft inländischer Arbeitnehmer, solche Tätigkeiten überhaupt anzunehmen.

Am Wiener Arbeitsmarkt machte sich seit Beginn der 1960er-Jahre ein immer stärker fühlbarer Arbeitskräftemangel bemerkbar. Die Wirkung der Liberalisierung des Arbeitsmarktes für Nachkriegsflüchtlinge und Vertriebene war verpufft, die Ungarnflüchtlinge zum größeren Teil in die BRD oder Übersee weitergewandert. Einer Ausweitung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte behinderten die sehr restriktiven Regelungen der Ausländerbeschäftigung in Österreich. Im sogenannten „Raab-Olah-

Abkommen“ einigten sich schließlich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter auf ein Kontingentverfahren nach dem Muster des Schweizer Saisoniermodells, welches die vereinfachte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte im Weg bilateraler Verträge ermöglichen sollte. Weil die Beschäftigung der „Gäste“ nach dem Rotationsmodell konzipiert war und die Wirtschaft boomte, hielt sich der gewerkschaftliche Widerstand in Grenzen. Das angedachte Modell funktionierte jedoch vorerst nicht nach Wunsch. Ein mit Spanien 1962 geschlossenes Abkommen erlangte nahezu keine praktische Bedeutung.¹⁵ Eine Änderung trat erst nach Abschluss der Abkommen mit der Türkei 1964 und Jugoslawien 1966 ein, aber selbst diese schienen durch die folgende konjunkturelle Delle obsolet. Die Anwerbestelle der Wirtschaftskammer in Istanbul wurde sogar im Jahr 1967 für einige Zeit geschlossen. Doch die Konjunktur sprang rasch wieder an, und dann kam es zu einem raschen Zustrom vor allem jugoslawischer, nach und nach auch türkischer Arbeiter und weniger Arbeiterinnen. Die Zahl der Jugoslawen stieg in Wien von etwa 19.000 im Jahr 1968 auf 75.000 1973 rasant an.¹⁶ Von den 1969 bis 1973 aus Jugoslawien Zugewanderten kam mehr als die Hälfte aus Serbien, etwa jeweils 10-15% aus Bosnien, Kroatien und der Vojvodina.¹⁷

Die aus organisatorischen Gründen entstandene Zeitverzögerung beim Anlaufen der Gastarbeiterwanderung ist für die Beurteilung ihrer ökonomischen Wirkung insofern von Bedeutung, als in der Wiener Wirtschaft ab Mitte der 1960er-Jahre bei anhaltend hohen realen Wachstumsraten zwischen 3% und 5% ein rasanter Deindustrialisierungsprozess einsetzte, der besonders Branchen mit geringerer Produktivität traf, während Branchen mit raschem Produktivitätsfortschritt ihren Beschäftigtenstand noch weitgehend hielten. Nach und nach wandelte sich die durch den Wiederaufbauboom und das „Wirtschaftswunder“ konservierte „Industriestadt“ Wien – einem internationalen Trend folgend – zur Dienstleistungsmetropole. Es kam vielfach zu Betriebsverlagerungen in das Umland und zu Schließungen.¹⁸ Dieser Prozess war bereits voll im Gange, als die erste größere Gastarbeiterwelle einsetzte. Der den Strukturwandel hemmende Einfluss der Gastarbeiterwanderung auf den Wiener Wirtschaftsstandort kam daher nur eingeschränkt zum Tragen, am stärksten noch in der traditionell überdimensionierten Wiener Bauwirtschaft. In anderen Industriezweigen, in denen Gastarbeiter verstärkt tätig waren, hielt sich der strukturkonservierende Effekt offensichtlich in Grenzen. Gleichzeitig erlaubte die Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei eine Prolongierung der seit 1953 bestehenden Hochkonjunktur, indem sie temporär die „Arbeitskräftebarriere“ verzögerte, die Nachfrageausweitung aufgrund der hohen Sparneigung der Gastarbeiter und der geringen öffentlichen Mittel, die für sie aufgewendet wurden, dämpfte und das günstige Investitionsklima perpetuierte.¹⁹ Arbeitsmarktpolitische Alternativen bestanden zu die-

sem Zeitpunkt kaum. Eine sprunghafte Anhebung der weiblichen Erwerbsquoten – angesichts des gesellschaftspolitischen Klimas und des damaligen Baby-Booms eine kurzfristig ohnehin nicht sehr realistische Option – hätte keine wirkliche Alternative dargestellt, da es sich um kaum überschneidende Segmente des Wiener Arbeitsmarktes handelte. Zudem waren die Erwerbsquoten der Wienerinnen für damalige österreichische Standards ohnehin hoch. Die Tatsache, dass die „Landflucht“ der 1950er-Jahre bis etwa Mitte 1970er-Jahre kaum vermindert anhielt, verweist zudem darauf, dass Gastarbeiter Stellen annahmen, die von heimischen MigrantInnen nur mehr sehr eingeschränkt nachgefragt und als akzeptabel empfunden wurden.²⁰

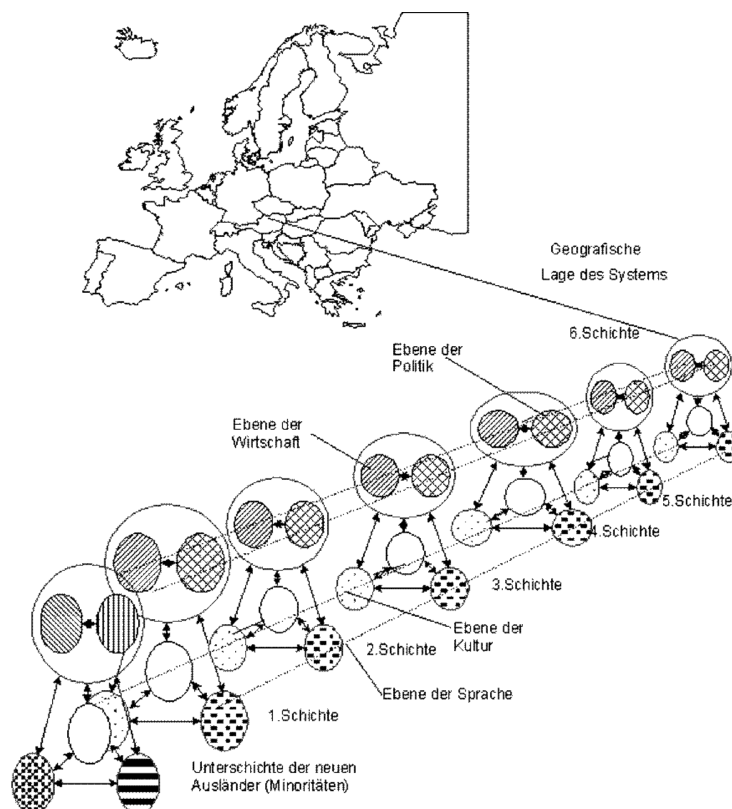
Für jugoslawische und türkische Zuwanderergruppen galt eine klare Dominanz der Migration aus rückständigen ländlichen Gebieten nach Wien. So rekrutierten sich die türkischen Zuwanderer fast ausschließlich aus ruralen Regionen der Türkei. Die jugoslawischen Gastarbeiter kamen zu Beginn der 1970er-Jahre fast zu zwei Drittel aus ländlichen Zonen. Dies erklärt ihre erheblichen Bildungsdefizite, auch im Vergleich zu Teilpopulationen von Migranten, die in die BRD wanderten.

Das mit Abstand niedrigste Bildungsniveau wiesen Migranten mit dem Geburtsland Türkei auf. Dieses Faktum war für die „strukturelle Integration“ (Hartmut Esser) der ersten Generation höchst bedeutsam, denn nicht nur waren die Rahmenbedingungen des Aufenthalts vorerst auf enge zeitliche Befristung ausgelegt, sondern die Bildungsferne der Migranten aus dem Heimatland wurde in das Zielland mitgenommen und konnte dort schon allein aufgrund des Erwachsenenalters der Gastarbeiter kaum aufgebrochen werden – ganz abgesehen davon, dass es dazu in den frühen 1970er-Jahren auch noch weitgehend an Initiativen seitens österreichischer Institutionen mangelte. Dadurch konnte sich der Prozess der Unterschichtung voll entfalten. Gastarbeiter nahmen ökonomische und gesellschaftliche Positionen ein, die zuvor von einer einheimischen Unterschicht besetzt waren. Diese rückte dadurch auf, betrachtete die neu Zugewanderten dennoch skeptisch und als Konkurrenz. Das lag an der komplexen Verschachtelung verschiedener miteinander vernetzter Unterschichtungsphänomene, wie Siegfried Pflegerl schon 1977 gezeigt hat. Wohl hielt sich tatsächliche Konkurrenzierung am Arbeitsmarkt in bescheidenen Grenzen, was angesichts des Kontingentverfahrens und des Inländerprimats kaum verwundert. Berücksichtigt man jedoch neben der ökonomischen auch kulturelle und soziale Schichtungsphänomene, bestanden doch erhebliche „Reibungspunkte“. Trennlinien zwischen „Aufsteigern“ unter den ArbeitsmigrantInnen und sozial und ökonomisch schwachen einheimischen Gruppen wurden überschritten, was zu zunehmenden sozialen Spannungen und mehr oder minder offener Xenophobie auf der einen und Distanzierung und Isolation auf der anderen Seite führte.

Nach dem von Pfliegerl (1977) erarbeiteten Schichtmodell stellte sich der durch die Gastarbeiterwanderung ausgelöste Umschichtungsprozess wie folgt dar:

Die Gesellschaft wird in diesem Modell durch die Ebenen Politik-Recht-Ethik, Religion-Kultur-Technologie-Wissenschaft-Kunst, Sprache-Kommunikation-Medien und Wirtschaft strukturiert. Weiters wird von einer groben Schichtung der österreichischen/Wiener Gesellschaft in sechs Schichten ausgegangen (in Anlehnung an Haller [2008], S. 290), wobei die 6. Schicht die oberste und die 1. Schicht die unterste Schicht bildet. Die Schichten bilden Untersysteme in den Ebenen und sind mit diesen verbunden. Durch die Gastarbeiterwanderung haben sich in der österreichischen und Wiener Gesellschaft unter den beiden untersten heimischen Schichten, die selbst von den darüber befindlichen Schichten einem starken Abgrenzungs- und Entwertungsdruck ausgesetzt waren, neue Unterschichten bestimmter Migrantengruppen (etwa mit „türkischem oder jugoslawischem Migrationshintergrund“ und überwiegend muslimischem „Kulturhintergrund“) gebildet.

Abbildung 1: Schichtmodell



Zwischen den „heimischen“ Unterschichten und den darunter positionierten neuen Unterschichten der Migranten (0. Schichte) bestand von Anfang an ein realer Ressourcenkonflikt, wenngleich sich dieser nicht unbedingt in der Konkurrenz um bestimmte Arbeitsplätze, sondern vermittelt etwa im Besetzen öffentlicher Räume oder im Bildungszugang äußerte. Daher wurden die neuen Migrantengruppen von der Bevölkerung der unteren Schichten (1. und 2. Schichte) seit ihrem Eintritt in die Gesellschaft in hohem Maße abwertend, ablehnend und ausgrenzend behandelt.²¹ Umgekehrt mussten die neuen Migrantengruppen gerade in diese beiden „heimischen“ Schichten sozial „integriert“ und aufgenommen werden – was immer man dabei unter „Integration“ verstanden haben wollte und will.

Gab es also Ende der 1960er-Jahre zur nun merklich anschwellenden Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei kaum Alternativen, kam es, von der Wirtschaftspolitik vorerst noch wenig registriert, zu nachhaltigen Veränderungen. Die neuen Arbeitskräfte kamen nun in der Regel als Touristen in das Land, was die Kettenmigration abseits institutioneller Anwerbung begünstigte. Dieser Verselbständigungsprozess hatte zwei weitreichende Konsequenzen:

1. Er öffnete die Tür für eine Welle von Familienzusammenführungen, die bereits zu Beginn der 1970er-Jahre einsetzte.
2. Er durchlöcherte das System der Kontingentierungen und damit das ursprünglich intendierte strikte System von „Anwerbung nach Bedarf, Zeitvertrag und Rückkehr“.

Mit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er-Jahre schien der Höhepunkt der Gastarbeiterzuwanderung vorerst erreicht. Vor allem jugoslawische Gastarbeiter kehrten nun in nicht unerheblichem Maß in ihre Heimat zurück. Waren Mitte der 1970er-Jahre noch rund 60.000 Jugoslawen in Wien beschäftigt, sank ihre Zahl bis Mitte der 1980er-Jahre auf etwa 40.000, die der türkischen Arbeitnehmer blieb allerdings konstant.²² Der „Abbau“ im Zeichen des Inländerschutzes funktionierte jedoch nicht so, wie es sich die Sozialpartner vorgestellt hatten. Die Zeit nach dem ersten Ölpreisschock entwickelte sich zur „Hochblüte des Familiennachzugs“. 1974 lebten beispielsweise 42% der Gastarbeiter in Wien allein, 1981 nur noch 22%. Im Jahr 1974 betrug der Anteil der Vollfamilien 25%, 1981 42%.²³ Insgesamt nahm der Ausländeranteil an der Bevölkerung daher auch in einer wirtschaftlich stagnativen Phase nicht ab. Um 1985 lebten etwa 60.000 Jugoslawen und 25.000 Türken in Wien.

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre begannen sich die Rahmenbedingungen der wienbezogenen Arbeitsmigration zunächst langsam, dann dramatisch erneut zu ändern. Hatte zuvor die Arbeitsmarktregulierung den Zustrom gebremst, veränderte sich durch den Fall des Eisernen Vorhangs die Lage in einer Weise, auf die Österreich fremdenrechtlich als traditionelles Asylland kaum vorbereitet war. Zudem entstand, ähnlich wie zu Be-

ginn der 1970er-Jahre, eine neue Hochkonjunktur, die maßgeblich aus der deutschen Wiedervereinigung zu erklären ist und von der überproportional österreichische Betriebe profitierten. Zwischen 1989 und 1991 kam es daher kurzfristig zum nahezu ungehinderten Zuzug nach Wien, der durch die einsetzende Flüchtlingswelle aus dem jugoslawischen Raum noch verstärkt wurde. Die Zahl der ausländischen Beschäftigten schnellte in wenigen Jahren sprunghaft nach oben, bis zum Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkriegs 1991 auf 54.000 Jugoslawen und 21.000 Türken.²⁴ Die Zuwächse entfielen nun auf die beiden Gruppen der Gastarbeiterwanderung zu gleichen Teilen auf Jugoslawen und Türken – ein wesentlicher Unterschied zur ersten Phase der Gastarbeiterwanderung.

Was die Migrationsmotive der Gastarbeiter anlangt, charakterisierte diese zweite Welle der Gastarbeiterwanderung eine Verschiebung, die sich zum Teil aus der anhaltenden und sich verschärfenden Krise der Planwirtschaften in Ostmittel- und Südosteuropa erklärt. Nach Untersuchungen unter Wiener Gastarbeitern waren unter den später Zugewanderten 29% vor dem Auslandsaufenthalt arbeitslos. Die wichtigste Veränderung der Wanderungsmotive betraf jedoch die Zunahme nichterwerbsmotivierter Wanderungen. Seit Beginn der 1980er-Jahre überstieg unter den Wiener Gastarbeitern die familienbedingte Zuwanderung bereits die erwerbsmotivierte. Von den im Zeitraum 1989-1991 nach Wien zuwandernden ausländischen Staatsbürgern hatten 56% bereits länger in der Stadt ansässige Verwandte.²⁵ Der Familiennachzug verteilte sich freilich recht ungleichgewichtig. Nach der erwähnten Befragung Erwerbstätiger mit Migrationshintergrund aus dem Jahr 2011 waren 80% der türkischen Frauen, jedoch nur rund 40% der Ex-Jugoslawinnen aus familiären Gründen nach Wien gekommen.

Mit dem Ende der „Migrationskrise“ endete auch die Gastarbeiterwanderung. Was blieb, war ein Nachhang an Familienzusammenführungen, der bis in die Gegenwart reicht. Ab 1993 gingen die Zuwächse stark zurück, da die Neuzuwanderung aus den klassischen Gastarbeiterländern nur mehr im Rahmen beschränkter Familiennachzugsquoten möglich war. Nach dem Versuch, die Zunahme ausländischer Beschäftigter in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zu beschränken, kam es um die Jahrtausendwende zu einem neuerlichen deutlichen Anstieg. Nun hatten bereits zahlreiche MigrantInnen der ersten Generation die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt. Der EU-Beitritt verpflichtete Österreich, sich EU-Standards hinsichtlich der Gewährung von Beschäftigungsbewilligungen an Familienangehörige von Drittstaaten und an länger im Land befindliche Ausländer anzugleichen, was allerdings sehr hinhaltend umgesetzt wurde.

Die Nachzügler der Gastarbeiterwanderung waren und sind ebenso wie ihre Vorgänger mit dem Problem eines ungesicherten Aufenthaltsstatus

konfrontiert. Österreichweit hatte nur jede und jeder zweite Zuwanderer aus der Türkei im Jahr 2008 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, nur 60% der Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien. Selbst bei in Österreich geborenen MigrantInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft lagen die entsprechenden Anteile bei lediglich 78% bzw. 72,5%.²⁶ Dieser Umstand verschärfte einen Verdrängungswettbewerb zwischen den früher und den später nach Österreich gelangten MigrantInnen, in den freilich nicht nur ex-jugoslawische und türkische, sondern auch andere Arbeitskräfte aus „Drittstaaten“ involviert sind. Dieser Verdrängungswettbewerb, der seit den 1990er-Jahren voll im Gang ist, wird durch das Problem steigender Altersarbeitslosigkeit, von der ja auch Arbeitnehmer ohne Migrationshintergrund betroffen sind, erheblich verschärft. Arbeitnehmer mit ex-jugoslawischer Staatsbürgerschaft waren davon allerdings wesentlich weniger betroffen als türkische.²⁷

Dank der bis etwa Mitte der 1990er-Jahre sehr liberalen Einbürgerungspraxis in Wien erwies sich für die erste Generation nicht der Aufenthaltsstatus, sondern zunehmend Altersarbeitslosigkeit als Hauptproblem. Dies nicht zuletzt, weil die erste Generation zu 80-90% als Hilfsarbeiter oder angelernte Arbeiter im sekundären Segment des Arbeitsmarktes tätig war. Nach der Befragung aus 2011 waren 64% der männlichen Arbeitnehmer mit türkischem Migrationshintergrund seit der Jahrtausendwende von Arbeitslosigkeit betroffen, 55% der türkischen Frauen, rund 45% der ex-jugoslawischen Arbeitnehmer, jedoch nur 12% der Nicht-Migranten.²⁸ Das österreichische und Wiener Sozialsystem erwies sich allerdings als einigermaßen robust, um die schlimmsten Wirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit zu mildern.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Wirkungen der Gastarbeiterwanderung auf den Arbeitsmarkt ist zu bedenken, dass auch ohne diese Form der Arbeitsmigration angesichts des beschleunigten Strukturwandels des Wiener Produktionssektors von der fordistischen Massenproduktion zu den postfordistischen „*economies of scope*“ und nicht zuletzt dem anhaltenden Tertiärisierungsprozess mit einem gewissen Anteil von „Modernisierungsverlieren“ zu rechnen gewesen wäre und dass diese unter älteren, schlecht qualifizierten ArbeitnehmerInnen ja sehr wohl auch Personen inländischer Herkunft betroffen hat und betrifft. Insofern sorgte die von der Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei bewirkte „Unterschichtung“ wohl teilweise für eine Entlastung älterer inländischer auf Kosten ausländischer ArbeitnehmerInnen oder solcher ausländischer Herkunft. Die damit verbundenen mittelfristigen sozialen Probleme bleiben dabei freilich unberücksichtigt und sind auch nur bedingt berechenbar. Was jedenfalls nicht oder nur in ganz geringem Ausmaß stattfand, war direkte Konkurrenz zwischen beiden Gruppen. Da Personen ausländischer Herkunft überproportional in strukturschwachen Branchen tätig

waren, war auch die Langzeitarbeitslosigkeit unter den Gastarbeitern höher, während das Verteilungsmuster älterer inländischer Langzeitarbeitsloser ein durchaus heterogeneres Bild zeigt.

4. Nach der „Gastarbeit“

Auch wenn schon nach wenigen Jahren der Gastarbeiterwanderung manchen klar geworden war, dass die ArbeitsmigrantInnen „gekommen waren, um zu bleiben“, stand naturgemäß die Altersversorgung der Zuwanderer nicht auf der sozial- und gesundheitspolitischen Agenda. Bekanntlich gehörten die MigrantInnen durchwegs den jüngeren Altersstufen bis zu einem Alter von 30 bis 35 Jahren an. Zudem waren sowohl im Bewusstsein der autochthonen Bevölkerung als auch der Personen jugoslawischer oder türkischer Herkunft der Verbleib als befristet gedacht. Somit stand ein Aufenthalt in Österreich im Pensionsalter vorerst gar nicht zur Debatte.

Ab den 1990er-Jahren veränderte sich die Situation allmählich. Wohl kehrte tatsächlich ein Teil der Arbeitsmigranten im höheren Alter in ihre Heimat zurück, ein Teil jedoch blieb aus familiären Gründen oder aber auch, weil die Lebensbedingungen in der alten Heimat eine Rückkehr nicht als wünschenswert erscheinen ließen und auch die sozialen Kontakte abgerissen waren, in Wien. Auch längere Phasen von Altersarbeitslosigkeit erschwerten Rückwanderungspläne, da sie das Erreichen des angestrebten Sparziels in manchen Fällen verhinderten und die für eine Rückkehr häufig erforderlichen Investitionen in Form von Immobilienerwerb unterbanden. Nicht zuletzt stellte das hohe sozialstaatliche Niveau Österreichs natürlich auch ein wichtiges Motiv des Verbleibs dar.

Aufgrund der zunächst kaum wahrgenommenen sozialpolitischen Bedeutung älterer Personen unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat sich die soziologische Altersforschung erst ab den späten 1990er-Jahren mit den spezifischen Problemen alter Gastarbeiter beschäftigt, und die Zahl einschlägiger Studien ist nach wie vor sehr überschaubar. Die Aussage des Soziologen Christoph Reinprecht, dass im Projekt der Arbeitsmigration das Alter eine Art „Leerstelle“ ist, erhält so eine doppelte Bedeutung. Sie trifft nicht nur auf das Lebensgefühl mancher Migranten, sondern auch mit Bezug auf die Forschungslage zu. Dennoch lassen sich aus den bisher vorliegenden Studienergebnissen einige Spezifika sozialer Probleme alter GastarbeiterInnen ablesen, die erhebliche sozialpolitische Relevanz besitzen.

Wie nicht anders zu erwarten, führte das Erreichen des Pensionsalters zu einer nochmaligen Überprüfung der Migrationsentscheidung. Einschlägige Befragungen im Rahmen der in Wien Ende der 1990er-Jahre durch-

geführten Studie „Senior Plus“ haben ergeben, dass knapp jeder/e zweite Befragte der ursprünglich dauerhaft bleiben wollte, diese Entscheidung auch im Alter beibehielt, ein Drittel zurückkehren wollte, während der Rest unschlüssig war. Als „konsequent bleibeorientiert“ waren allerdings nur 16% der Befragten zu bezeichnen, als „konsequent rückkehrorientiert“ sogar nur 8%.²⁹ Für die Mehrheit älterer GastarbeiterInnen kennzeichneten den Übergang in die Pension also multiple Unsicherheiten. Ungeachtet der geäußerten Pläne stellte die Rückkehr in das Heimatland für viele jedoch keine realistische Perspektive dar, wie beispielsweise eine Studie auf Basis einer Sekundäranalyse der ifes-Befragung „Leben in Wien II“ in Verbindung mit qualitativen Interviews mit älteren Migrantinnen aus dem ex-jugoslawischen Raum gezeigt hat. Auch für Formen des Pendelns fehlte es häufig an den ökonomischen Mitteln.³⁰ Das schließt allerdings regelmäßige Besuche im Herkunftsland keineswegs aus.³¹

Nach dem Soziologen Reinprecht zogen jene, die sich entschieden hatten, langfristig zu bleiben, eher eine positive Bilanz. Insgesamt bewerteten im Rahmen der „Senior Plus“-Studie 79% der befragten Migranten die Entscheidung, nach Österreich zu kommen, als richtig. Jedoch nur 27% erreichten die meisten der ursprünglichen Ziele, 26% hatten eher wenige bis keine Ziele erreicht. Immerhin 84% hatten das Gefühl, den Lebensstandard verbessert zu haben, 72% unterstützten die Familie im Herkunftsland.

Diese Ergebnisse aus Befragungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ökonomische Situation der autochthonen älteren Bevölkerung im Durchschnitt ungleich besser als jene der MigrantInnen war und ist. Schon allein die institutionellen Rahmenbedingungen der Gastarbeit erzwangen eine Tätigkeit in prekären Arbeitsverhältnissen. Das bedeutete für die Erwerbsverläufe hohe Volatilität, Unsicherheit und hohes Langzeit- und Altersarbeitslosigkeitsrisiko. Zudem sorgte die häufig überdurchschnittliche physische Beanspruchung unter HilfsarbeiterInnen ohnehin für eine ausgeprägtere gesundheitliche Gefährdung, die gerade in den Jahren vor Pensionsantritt besonders häufig eine Weiterführung der bisherigen Berufstätigkeit erschwerte. Entsprechend gering waren und sind die Pensionsansprüche. Nach der Studie „Senior Plus“ erhielten 38% der befragten MigrantInnen, aber nur 12% der Autochthonen eine vorzeitige Alterspension wegen verminderter Arbeitsfähigkeit.³² Eine Studie aus 2003/04 erbrachte einen Anteil von 80% der Arbeitsmigranten, die über keine normale Arbeitspension verfügten.³³ Die Armutsgefährdung bei den Ex-Jugoslawen war nach einer Untersuchung aus dem Jahr 2006 dreimal, bei Türken achtmal so hoch wie bei den älteren Einheimischen.³⁴ Die Befragung „Leben in Wien II“ ergab einen Anteil von 60% der über 50-Jährigen aus der Türkei und 37% aus Ex-Jugoslawien, die ihr Haushaltseinkommen als zu niedrig empfanden. Immerhin 18% bzw. 15% konnten

sich bei Bedarf keine neue Kleidung leisten, 14% bzw. 11% die Rezeptgebühr nicht bezahlen.³⁵ Aus der ökonomischen resultierten und resultieren weitere Unsicherheiten. So fühlten sich 46% der über 50jährigen ArbeitsmigrantInnen psychosozial belastet, im Unterschied zu 26% der autochthonen Vergleichsgruppe. Besonders hoch ist das Belastungsgefühl bei ArbeitnehmerInnen mit häufigen Phasen der Arbeitslosigkeit.³⁶

Die aus der Heimat mitgenommenen Familientraditionen führen bei älteren Zuwanderern zu einer starken Bindung an die Kinder. Eine höhere Anzahl von Kindern wird mit Lebensqualität im Alter in enge Verbindung gesetzt, während gesundheitsspezifische Faktoren erst danach gereiht werden. Unter den Einheimischen spielt hingegen auch der soziale Status im Alter für das Wohlbefinden eine wichtige Rolle.³⁷ Zudem sind hedonistische Ziele unter den Autochthonen präsenter. Darin spiegelt sich natürlich auch die ökonomische Ungleichheit im Vergleich beider Teilpopulationen.

Entgegen anders lautenden Vermutungen unterscheiden sich die Lebenserwartungen von Einheimischen und MigrantInnen nicht gravierend. Bei in Österreich geborenen österreichischen Staatsangehörigen lag im Jahr 2011 die Lebenserwartung bei der Geburt bei 78,0 Jahren für Männer und 83,4 Jahren für Frauen. Bei Personen ausländischer Herkunft war die Lebenserwartung mit 78,9 Jahren für Männer geringfügig höher, für Frauen mit 83,3 Jahren etwa gleich hoch. Die Lebenserwartung bei Männern türkischer Herkunft lag mit 79,4 Jahren über dem Vergleichswert österreichischer Männer. Bei Frauen türkischer Herkunft fiel die Differenz zu den österreichischen Frauen mit 2,2 Jahren noch etwas größer aus. Die Sterblichkeit von Personen ausländischer Herkunft ist derzeit bis etwa zum 55. Lebensjahr deutlich niedriger als bei der einheimischen Bevölkerung. Erst in der Altersstufe ab 65 Jahren sind die Sterberaten der Frauen ausländischer Herkunft etwas höher. Das Problem einer alternden Gesellschaft, mit dem die autochthone Bevölkerung in Wien seit den 1960er- und 1970er-Jahren konfrontiert war, macht sich daher langsam auch unter den Migranten bemerkbar, wenn auch in absoluten Zahlen laut Registerzählung von 2011 erst rund 15.000 in Ex-Jugoslawien geborene Personen der Wiener Wohnbevölkerung 65 Jahre und älter sind und lediglich etwa 3.000 in der Türkei Geborene. Das entsprach 10% der ex-jugoslawischen und 5% der türkischen Geburtsbevölkerung. Die demografischen Prognosen weisen aber auf eine stetig steigende Zahl von Personen dieser Altersgruppen unter den Gastarbeitern hin.

Eine sozial- und gesundheitspolitisch zunehmend Bedeutung gewinnende Aufgabe ist die interkultureller Altenpflege, ein Thema dem bisher relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das kommt nicht von ungefähr. Zum einen ist es, zumindest was die Migrantengruppe der Gastarbeiter anlangt, ein temporäres Problem. Bei der zweiten und dritten bereits in Österreich aufgewachsenen Generation ist mit jedenfalls we-

sentlich geringeren diesbezüglichen Herausforderungen zu rechnen, da sprachliche Probleme kein großes Kriterium darstellen. Zum anderen beschränkte sich die Notwendigkeit eines migrantengerechten Umgangs in den letzten Jahrzehnten primär auf den Akutbereich in Spitälern, noch kaum auf die dauerhafte Anstaltsbetreuung oder die Pflege zu Hause, denn türkische und zum Teil auch ex-jugoslawische Migranten stützen sich im höheren Alter bei Krankheit, Pflege und Alltagsbewältigung fast ausschließlich auf Ehepartner und Familie. Das führt zum Teil zu einer enormen Belastung für die Angehörigen und verstärkt die Bindung an die Herkunftskultur. Die Abhängigkeit von der Familie wird von den Betroffenen jedoch häufig durchaus als bedrückend empfunden, aber Alternativen werden kaum wahrgenommen. Nach der Studie „Integrationsservice von und für ältere MigrantInnen“ aus dem Jahr 2005 nahmen nur 6% der Befragten einen sozialen Dienst in Anspruch. Das hat nicht nur mit der Mentalität zu tun, sondern auch sprachliche Gründe. Der Bedarf an muttersprachlichen Informations-, Beratungs- und Betreuungsangeboten ist ganz erheblich. Nach der Studie würden 47% im Bedarfsfall muttersprachliche Beratung, Betreuung und/oder Pflege benötigen, 73% sehen die Bereitstellung muttersprachlicher Beratungsstellen als wichtig an, 68% muttersprachliches Informationsmaterial.³⁸

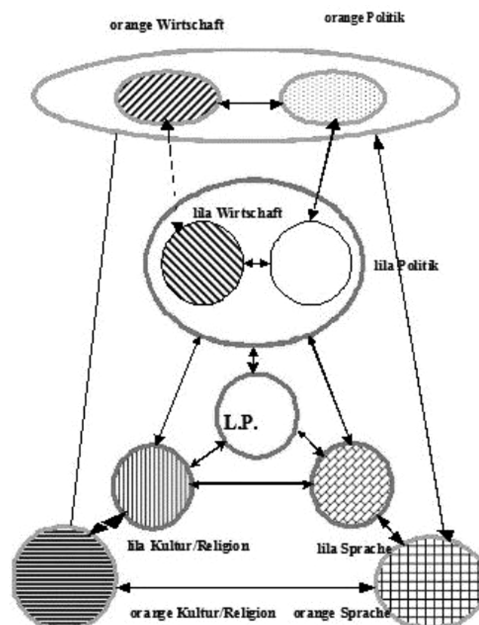
In der Literatur finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass für die Akzeptanz von sozialen Diensten und Versorgungsangeboten herkunftsbedingte Einflussfaktoren eine große Rolle spielen. So bilden stationäre Einrichtungen für MigrantInnen aus der Türkei in weit geringerem Ausmaß eine Option wie für die anderer Migrantengruppen. Auch die Analyse der Wohnbedürfnisse bestätigt das. Das liegt nicht unbedingt an der Akzeptanz von Einrichtungen der Altenpflege an sich. Als entscheidender Punkt erweist sich vielmehr, inwieweit eine Wohn- und Pflegeeinrichtung auch den kulturellen Bedürfnissen der Älteren entgegenkommt. Die Ablehnung österreichischer Altenheime ist bei älteren Menschen türkischer Herkunft, wie eine Befragung zeigt, besonders groß, auch und nicht zuletzt durch das Fehlen kultursensibler Angebote begründet. Die Körperpflege, das Essen und die Sprache erweisen sich als besonders kritische Punkte. Aber selbst unter dieser Gruppe besteht nur eine Minderheit darauf, im Alter in der Familie gepflegt zu werden und lehnt jede Art von Altenheim ab. Der Wunsch nach muslimischen/türkischen Altenheimen ist nicht zuletzt darum so ausgeprägt, weil diese Form der Gemeinschaft Sicherheit vermittelt.³⁹

5. Die zweite (und dritte) Generation

Die Kinder der in der ersten Phase der Gastarbeiterwanderung Zugezogenen kamen in den 1970er- und 1980er-Jahren nach Wien oder wurden zum Teil schon in Wien geboren. Viele von ihnen litten unter einem doppelten Handicap. Zum einen kamen sie aus bildungsfernen Familien, denen das Verständnis und auch die Kenntnisse fehlten, um ihren Bildungsweg in der neuen Umwelt adäquat zu unterstützen. Zum anderen trafen sie auf ein Bildungssystem, welches auf nichtdeutschsprachige SchülerInnen – sieht man einmal von westlichen Eliten ab – weitgehend unvorbereitet war. Der Nachzug von Kindern und das Teilversagen des Bildungssystems beim Umgang mit den spezifischen Problemen der in Österreich geborenen zweiten Migrantengeneration haben vor allem in den 1980er- und 1990er-Jahren dafür gesorgt, dass der Anteil der Pflichtschulabgänger in Wien im Vergleich zum übrigen Österreich kaum abnahm. Mit einer Rolle spielte auch die Verstärkung von Segregation, die zu sehr hoher Konzentration von Kindern jugoslawischer und türkischer Eltern in einzelnen Schulen und Stadtteilen beitrug. Daher war der Bildungsstand der zweiten Generation im Durchschnitt selbst nach der Jahrtausendwende nicht wesentlich höher als jener der ersten.⁴⁰

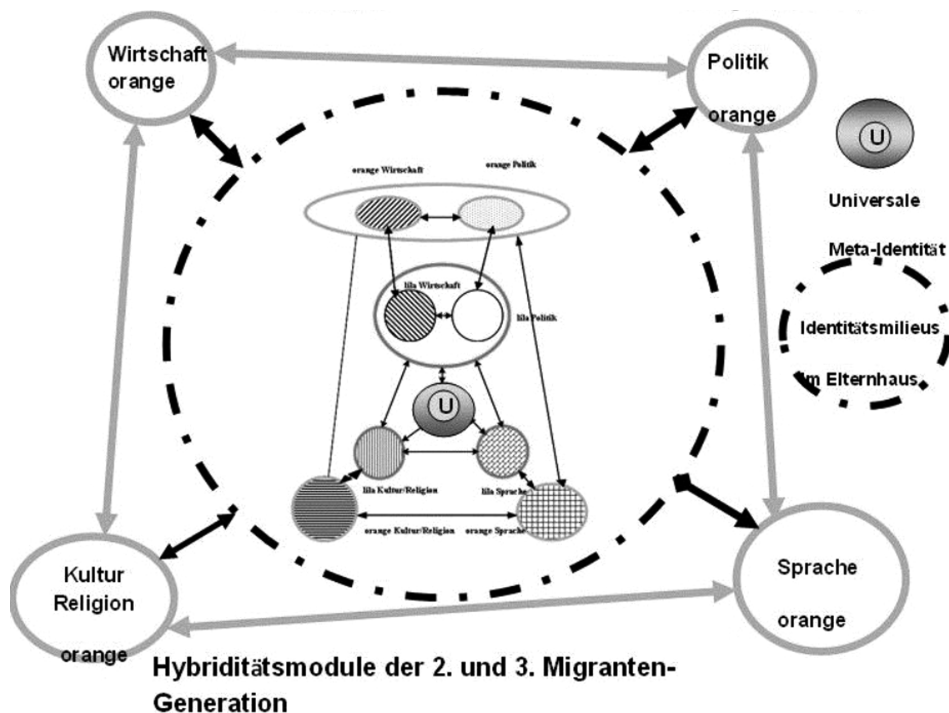
MigrantInnen der ersten Generation hatten bei ihrer Ankunft eine Persönlichkeit, die schon in der Heimat geschwächt, durch soziale Not und

Abbildung 2: Situation der MigrantInnen der ersten Generation



Armut labilisiert und durch bestimmte ihren Unterschichtbedingungen entsprechende sprachliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und politische Elemente und Mängel geprägt war (in der folgenden Abbildung 3 als „lila“ Zone bezeichnet). Die Übernahme der sprachlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Elemente der untersten Schichten der Aufnahmegesellschaft (in der folgenden Grafik als „orange“ Zone bezeichnet) wurde durch das ausgrenzende und ablehnende Verhalten (neuerdings Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus als Spezialformen) der genannten Schichten enorm erschwert.⁴¹ Grafisch lässt sich deren Situation so darstellen (Abb. 3):⁴²

Abbildung 3: Strukturelle Gewaltstrukturen der übergeordneten Systemschichten



Für einen nicht unerheblichen Teil der zweiten und dritten Generation stellt sich daher ebenso ein massives Identitätsproblem, wenn auch in einer komplexeren Form.

Das Leben der zweiten Generation wird daher von den Betroffenen selbst wie auch in Studien häufig und treffend als hybrides „Zwischenleben“, als Leben in zwei Welten erlebt und beschrieben.⁴³ Durch das Umfeld in der Schule, während der Berufsausbildung und bei der Freizeitgestaltung entsteht eine Distanz zu familiär tradierten Wertesystemen.

„Beide Wertesysteme üben einen Druck aus, sich anzupassen. Anpassung an die eine Seite führt aber unweigerlich zu mehr Entfremdung auf der anderen Seite. Mehr Integration in Österreich bedeutet also mehr Diskrepanz zu den Eltern. Diese „Lose-Lose“-Situation führt bei den Jugendlichen zu einem inneren Konflikt“ (Hilde Weiss). Allerdings bietet das „Zwischenleben“ auch Chancen. Die Kenntnis zweier Kulturen, die Notwendigkeit, sich keinem der beiden Wertesysteme vollständig zu unterwerfen, erhöht die Flexibilität, die Adaptionfähigkeit in beruflichen und privaten Wechsellagen.⁴⁴

Die Persönlichkeitsprofile der zweiten und dritten Generation der Migrantengruppen sind durch Module beider Sozialsysteme bestimmt (Bindestrich-Identität, Mehrfachidentität, Doppelidentität, Hybridität), wobei allerdings nur selten ein ausgewogenes Gleichgewicht der beiden Bezugssysteme möglich ist.

Sozialen Netzwerken kommt in dieser Situation große Bedeutung zu. Soziale Netzwerke bilden einen zentralen Aspekt sozialer Integration. Kontakte gelten als wichtige Ressource, als „soziales Kapital“ (Pierre Bourdieu). Ausschließlich innerethnische Beziehungen vertiefen zwar insgesamt soziale Ungleichheit, doch können sie andererseits psychisch, aber auch ökonomisch in bestimmten kritischen Situationen äußerst hilfreich sein. Angehörige der zweiten Generation sind daher häufig auf innerethnische Unterstützungen angewiesen. Im Besonderen gilt das etwa bei der Lehrstellensuche.⁴⁵

Die Gründe für die Dominanz innerethnischer Beziehungen sind vielfältig. Von den Diskriminierungen erweist sich die durch Segregation geförderte Isolation bei ex-jugoslawischen Jugendlichen, kaum jedoch diskriminierende Erfahrungen in der Schule, Nachbarschaft oder Öffentlichkeit als wichtiger Einflussfaktor.⁴⁶ Bei muslimischen Jugendlichen stehen hingegen religiös und kulturell bedingte Abweichungen von den Konsum- und Freizeitgewohnheiten der Autochthonen im Vordergrund. Die Kontaktabwehr verstärkt sich mit zunehmenden Alter bei jenem Teil der Jugendlichen, die aus einem stark religiös-ethisch orientierten Elternhaus stammen. Innerfamiliäre Spannungen treten in Familien mit Migrationshintergrund signifikant häufiger auf als unter jenen der autochthonen Bevölkerung. Diese Spannungen resultieren aber nicht nur aus Verboten interethnischer Kontakte, sondern auch aus dem von den Eltern ausgeübten Aufstiegsdruck und einer von erster und zweiter Generation getragenen zwiespältigen Haltung zur Mehrheitsgesellschaft.⁴⁷

Von den Jugendlichen der zweiten Generation fühlen sich rund 40% sehr oder eher traditionell erzogen. Dabei bestehen aber signifikante Unterschiede nach dem Herkunftsland der Eltern. 58% der Jugendlichen türkischer Herkunft findet die Erziehung traditionell, jedoch nur rund 30% der Jugendlichen anderer Migrantengruppen.⁴⁸ Verstärkend wirkt bei beiden

großen Herkunftsgruppen, wenn die Rückkehrorientierung der Eltern besonders ausgeprägt ist. Diese bildet eine wichtige Ursache für die Entwicklung einer zwiespältigen sozialen Identität der Jugendlichen. Bei einer Mehrheit der türkischstämmigen Jugendlichen tritt aber noch hinzu, dass sie die traditionellen Werthaltungen ihrer Eltern auch internalisiert haben. Mit zunehmendem Alter nehmen die daraus resultierenden Spannungen allerdings ab.⁴⁹

Eine Folgewirkung einer solchen Erziehung ist die Tradierung von Geschlechterrollen aus der Herkunftsgesellschaft der Eltern – allerdings in einer brüchigen, widersprüchlichen Form. So wird von Schülerinnen mit Migrationshintergrund einerseits zunehmend das „halbe/halbe“-Modell im Haushalt eingefordert, jedoch gleichzeitig das Modell des männlichen Alleinverdieners bevorzugt und eine längere Karenzzeit im Fall der Geburt eines Kindes angestrebt.⁵⁰ Das drei bis fünf Jahre niedrigere Durchschnittsalter bei der Erstgeburt bei ex-jugoslawischen und türkischen Migrantinnen deutet darauf hin, dass in der Realität biografische Opportunitätskosten nach wie vor niedriger bewertet werden als bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Das hat allerdings auch mit den nach wie vor bescheidenen Maturanten- und Akademikerquoten unter den MigrantInnen zu tun.

Eine entscheidende Veränderung ist in den Generationenbeziehungen insofern zu beobachten, als sich die bereits in den 1980er-Jahren erkennbare Aufstiegsorientierung der Elterngeneration⁵¹ erheblich verstärkt zu haben scheint, was von den Jugendlichen auch als besondere Belastung empfunden wird. Dazu treten eigene Bildungsziele. Wie eine allerdings nicht repräsentative Panel-Befragung unter 92 Jugendlichen der zweiten Generation im Zeitraum 2007/2009 gezeigt hat, sind die angestrebten Bildungsabschlüsse durchaus ambitioniert. Dieser Befund erklärt sich nicht nur aus der unterschiedlichen Sozialisationsbiografie der ersten und zweiten Generation – ländliches (Ex-)Jugoslawien, Türkei versus großstädtisches Wien – sondern nicht zuletzt aus den höheren, manchmal überhöhten Aufstiegserwartungen, die von der ersten an die zweiten Generation herangetragen werden. Nach der erwähnten Panel-Untersuchung brachen etwa der Hälfte der befragten SchülerInnen ihre Bildungskarriere ab. Das betraf sowohl SchülerInnen der Kooperativen Mittelschule als auch der Handelsakademie. Matura und Studium blieben für diese Gruppe letztlich unrealistische Bildungsziele. Das lag nicht an der fehlenden Wertschätzung von Bildung durch die Eltern, wohl aber an den beschränkten Möglichkeiten der Eltern, konkrete Hilfe für den Lernerfolg geben zu können. Zu betonen ist allerdings, dass die in dieser Studie befragten Jugendlichen nicht zu den „Problemkindern“ aus dem migrantischen Milieu zählen, die Ergebnisse also eine gewisse Verzerrung aufweisen.⁵²

Das wird indirekt durch die mehrfach erwähnte Befragung von AK-

Mitgliedern mit Migrationshintergrund bestätigt. Nach den Ergebnissen dieser Studie waren von den Befragten der ersten Generation 64% in Hilfs- oder angelernten Tätigkeiten beschäftigt, von den Befragten der zweiten Generation 47%. Ein weiteres Drittel der zweiten Generation war der Facharbeiterschicht zuzuordnen.⁵³ Der Aufstieg der zweiten Generation verläuft demnach einigermaßen gebremst. Das scheint nicht nur an den mangelnden Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern zu liegen. In Summe ist die ethnische Bindung der zweiten Generation zwar bedeutend schwächer als jene der ersten Generation und die Integrationsbereitschaft hoch, nicht jedoch die Bereitschaft zur Assimilation. Das äußert sich etwa in der Ablehnung interethnischer Heiraten. Die Abgrenzungskräfte der Mehrheitsgesellschaft, insbesondere der beiden angrenzenden Schichten der autochthonen Fach- und Hilfsarbeiter, sind ein weiteres Hindernis des Aufstiegs.

6. Fazit

Die kurzfristigen positiven Wirkungen der Gastarbeiterwanderung für den Wirtschaftsstandort Wien sind offenkundig. Zum einen gelang es dank dieser Wanderungsbewegung, das hohe Wachstumsniveau der Wirtschaftswunderjahre so entscheidend zu verlängern, dass die Folgen der folgenden Rezession sich in bescheidenen Grenzen hielten, zum anderen erlaubte die Zuwanderungswelle von 1989-1991 die volle Ausnützung der deutschen Wiedervereinigungskonjunktur mit dem regionalökonomischen Effekt einer erheblichen innerösterreichischen Wachstumsverlagerung in die Ostregion. Arbeitsmarktpolitische Alternativen bestanden in beiden Fällen kaum oder wären jedenfalls kurzfristig kaum umsetzbar gewesen. Die mittelfristigen Folgen sind unzweifelhaft ambivalent zu beurteilen und vielschichtig. Während die Versorgung älterer und alter Angehörige der ersten Generation mit Bezug auf kultursensible Betreuungsangebote zukünftig mit überschaubarem Aufwand verbessert werden kann und auf ein entwickeltes Sozial- und Gesundheitssystem aufbaut, erweisen sich die Probleme im Bildungsbereich als hartnäckiger. Bei allen Versäumnissen, die in diesem Bereich in der Vergangenheit passiert sind, ist darauf hinzuweisen, dass auch bei der autochthonen Bevölkerung bis in die Gegenwart der Bildungsstand der Eltern ein entscheidendes Diskriminierungskriterium darstellt. Die Bildungsferne der ersten Generation wird offensichtlich nur bedingt durch den gestiegenen Leistungsdruck der Eltern kompensiert. Das Wachsen ethnischer Ökonomien kann allerdings manche diesbezüglichen Defizite bis zu einem gewissen Grad abschwächen.⁵⁴ Vor allem unter Angehörigen der zweiten Generation mit türkischem Migrationshintergrund sind nicht nur bei der relativ kleinen Schicht der Re-

Ethnisierten, sondern bei einer Mehrheit erhebliche Defizite im Bereich des sozialen und kulturellen Kapitals (Pierre Bourdieu) festzustellen. Da die Mehrheitsgesellschaft als säkularisiert zu bezeichnen ist, wird sich dieser Mangel letztlich nur durch einen Säkularisierungsprozess in der türkisch-muslimischen Migrantengruppe vermindern lassen, für den es erst vorsichtige Anzeichen gibt. Nach einer rezenten ifes-Befragung unter 1.000 Muslimen nimmt der Anteil der sich selbst als religiös bezeichnenden von 73% der Männer und 87% der Frauen der ersten Generation auf 57% bzw. 62% ab, ist aber vergleichsweise noch immer fast doppelt so hoch als unter Nicht-Muslimen.⁵⁵

Zu beachten ist allerdings, dass es sich gesellschaftspolitisch oft nur vordergründig um einen religiösen Konflikt zwischen „Einheimischen“ und Migrantengruppen handelt, der in seinem Kern ein Konflikt zwischen einer individualisierten und selbstbestimmten Lebensweise und einer solchen ist, die sehr viel stärker auf Familie und kollektiven Traditionen basiert. Dieser Umstand wurde bei der Behandlung der spezifischen Probleme alter muslimischer türkischer Gastarbeiter besonders deutlich.

Für die traditionell muslimisch geprägte Bevölkerung der ersten und zweiten Generation ist es daher wichtig, möglichst eine große Palette zielgruppengerechter Hilfestellungen anzubieten. Gleichzeitig ist es erforderlich, in aller Offenheit festzuhalten, dass gewisse Rahmenbedingungen in Österreich unverrückbar sind. Dies sind vor allem die Grundwerte einer rechtsstaatlichen und demokratischen Rechtsordnung und insbesondere die Grund- und Menschenrechte, die Rollen von Mann und Frau sowie der Zugang zu Bildung. Bei diesen Überlegungen ist auch die Wechselseitigkeit von Integrationsprozessen in Betracht zu ziehen.

Soziodynamisch ist allerdings festzuhalten, dass die vierzig Jahre Gastarbeitertradition Spuren hinterlassen haben, die sich nicht von heute auf morgen verwischen lassen.

Jede Art von „Integrationspolitik“ ist daher auch in Zukunft gut beraten, davon auszugehen, dass es sich vor allem um ein politisches und soziales Schichtproblem handelt, bei dem es das Verhältnis zwischen den neuen Migranten-Unterschichten und den beiden darüber befindlichen „heimischen“ Unterschichten zu entspannen gilt. Eine solche „Entspannung“ kann unzweifelhaft nur mittel- und langfristig insbesondere durch entsprechende bildungspolitische Maßnahmen erreicht werden.

Anhang

Tabelle 2: Wiener Wohnbevölkerung nach Bezirken und Geburtsland 1.1.2014

Bezirk	Österreich	Nicht-Österreich	Ex-Jugoslawien ¹	Türkei	Gesamt	%-Anteil „Gastarbeiter“
1	11.024	5.107	674	119	16.131	4,9
2	62.008	37.589	9.839	3.979	99.597	13,9
3	57.038	29.416	6.908	2.264	86.454	10,6
4	20.302	11.150	1.911	602	31.452	8,0
5	32.066	21.544	6.023	2.334	53.610	15,6
6	20.251	10.362	2.034	638	30.613	8,7
7	20.613	10.179	2.144	578	30.792	8,8
8	16.535	7.744	1.326	381	24.279	7,0
9	26.706	13.822	2.825	658	40.528	8,6
10	116.370	70.080	23.312	13.154	186.450	19,6
11	64.446	28.994	9.166	5.062	93.440	15,2
12	58.256	32.618	10.612	4.706	90.874	16,9
13	40.213	11.062	1.820	463	51.275	4,5
14	63.534	24.063	7.598	2.260	87.597	11,3
15	41.536	33.255	12.160	4.244	74.791	21,9
16	61.199	37.895	14.090	5.772	99.094	20,0
17	35.226	19.196	6.803	1.864	54.422	15,9
18	33.758	14.607	3.267	801	48.365	8,4
19	50.119	19.123	3.040	1.138	69.242	6,0
20	50.063	34.242	10.477	6.197	84.305	19,8
21	112.346	36.601	9.312	4.243	148.947	9,1
22	128.898	39.496	8.093	3.519	168.394	6,9
23	76.058	20.036	5.304	2.110	96.094	7,7
Wien	1.198.565	568.181	158.738	67.086	1.766.746	12,8

¹ Ex-Jugoslawien: Serbien, Serbien u. Montenegro, Montenegro, Mazedonien, Kosovo, Bosnien, Kroatien.

Quelle: Statistik Austria, Berechnung MA 23.

Anmerkungen

- ¹ Expertenrat für Integration (2014).
- ² Ulram (2009); für Wien MA 17 (2012).
- ³ Hahn, Stöger (2014).
- ⁴ Rupnow (2013) 5.
- ⁵ John, Lichtblau (1990); Gürses, Kogol, Mattl (2004).
- ⁶ Tiroler Tageszeitung (10. Mai 2014).
- ⁷ Tiroler Tageszeitung (16. Mai 2014).
- ⁸ Pflegerl (2014).
- ⁹ Şahin (2006) 83, 100.
- ¹⁰ Bakondy (2010).
- ¹¹ Statistik Austria, Statcube, Registerzählung 2011.
- ¹² Statistik Austria (2009).
- ¹³ Riesenfelder, Schelepa, Wetzel (2011).
- ¹⁴ Berechnungen der MA 23.
- ¹⁵ Hahn, Stöger (2014) 13.
- ¹⁶ Meißl (2006) 684.
- ¹⁷ Lichtenberger (1984) 170.
- ¹⁸ Weigl (2011) 10f.
- ¹⁹ Butschek (1992) 202.
- ²⁰ Aufhauser (1995) 239.
- ²¹ Vgl. dazu John, Lichtblau (1990); Gürses, Kogoj, Mattl (2004).
- ²² Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1980, 1985.
- ²³ Lichtenberger (1984) 111.
- ²⁴ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1991.
- ²⁵ Weigl (2009).
- ²⁶ Statistik Austria (2009).
- ²⁷ Biffl (2002) 546, 549.
- ²⁸ Riesenfelder, Schelepa, Wetzel (2011) 11.
- ²⁹ Reinprecht (2006) 51.
- ³⁰ Reinprecht (2007) 218f.
- ³¹ Korkutan (2011) 14-19.
- ³² Reinprecht (2006) 61.
- ³³ Reinprecht (2007) 214.
- ³⁴ Unterwurzacher (2006) 96.
- ³⁵ Reinprecht, Unterwurzacher (2006).
- ³⁶ Reinprecht (2006) 58
- ³⁷ Ebendort 85f.
- ³⁸ Reinprecht (2007) 219f.
- ³⁹ Altintop (2010).
- ⁴⁰ Biffl (2007) 18.
- ⁴¹ Bunzl, Hafez (2009).
- ⁴² Pflegerl (2014).
- ⁴³ Mitterauer (2002).
- ⁴⁴ Für Deutschland vgl. dazu Foroutan (2013).
- ⁴⁵ Rosenberger, Sauer (2009).
- ⁴⁶ Weiss, Strodl (2007) 109f.
- ⁴⁷ Ebendort 97f.
- ⁴⁸ Gapp (2007) 152.
- ⁴⁹ Ebendort 147f.

- ⁵⁰ Rosenberger, Sauer (2009).
⁵¹ Ausländische Arbeitskräfte in Österreich (1985) 135-137.
⁵² Rosenberger, Sauer (2009).
⁵³ Riesenfelder, Schelepa, Wetzel (2011) 14.
⁵⁴ Schmid (2006).
⁵⁵ Die Presse (23.4.2013).

Literatur

- Altintop, Nevin, Wie sich türkischsprachige Migranten in Wien ihre Zukunft im Alter vorstellen (= Dipl.Arb., Wien 2010).
- Appelt, Erna, Frauen in der Migration – Lebensform und soziale Situation, in: Fassmann, Heinz; Stacher, Irene (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Wien 2003) 166-199.
- Aufhauser, Elisabeth, Wohnchancen – Wohnrisiken. Räumliche Mobilität und wohnungsbezogene Lebensführung in Wien im gesellschaftlichen Wandel (= Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung 4, Wien 1995).
- Ausländische Arbeitskräfte in Österreich (= Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik 9, Wien 1985).
- Bakondy, Vida, Bitte um 4 bis 5 türkische Maurer. Eine Analyse von Anwerbeakten der österreichischen Wirtschaftskammer, in: Initiative Minderheiten (Hrsg.), Viel Glück! Migration heute. Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul. Good Luck! (Wien 2010) 68-79.
- Bauböck, Rainer, Migrationspolitik. in: Dachs, Herbert; u. a., Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik (Wien 1997) 678-689.
- Bauböck, Rainer, „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute (= Reihe Politikwissenschaft 31, Institut für Höhere Studien, Wien 1996); online: http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_31.pdf.
- Bauböck, Rainer; Perchinig, Bernhard, Migrations- und Integrationspolitik, in: Dachs, Herbert; u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch (Wien 2006) 726-743.
- Bauböck, Rainer; u. a. (Hrsg.), Acquisition and Loss of Nationality. Policies and Trends in 15 European Countries. Bd. 2: Country Analyses (Amsterdam 2006) 19-63.
- Bunzl, John; Hafez, Farid (Hrsg.), Islamphobie in Österreich (Innsbruck, Wien, Bozen 2009).
- Biffl, Gudrun, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, in: Wifo-Monatsberichte 75 (2002) 537-550.
- Biffl, Gudrun, Forschungsstandort Wien: Zur Rolle der Humanressourcen (Wifo, Wien 2007).
- Butschek, Felix, Der österreichische Arbeitsmarkt – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart (Stuttgart 1992).
- Expertenrat für Integration, Integrationsbericht 2014. Integrationsthemen im Fokus (Wien 2014); online: http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2014/Integrationsbericht_2014.pdf.
- Fassmann, Heinz, Transnationale Mobilität. Empirische Befunde und theoretische Überlegungen (Wien 2002).
- Foroutan, Naika, Hybride Identitäten – Normalisierung, Konfliktfaktor und Ressource in postmigrantischen Gesellschaften“, in: Brinkmann, Heinz-Ulrich; Uslucan, Haci-Halil (Hrsg.), Dabeisein und Dazugehören – Integration in Deutschland (Wiesbaden 2013).
- Gapp, Patrizia, Konflikte zwischen den Generationen? Familiäre Beziehungen in Migrantenfamilien, in: Weiss, Hilde (Hrsg.), Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation (Wiesbaden 2007) 131-153.

- Giffinger, Rudolf; Reeger, Ursula, Turks in Austria: backgrounds, geographical distribution, and housing conditions, in: zekren, Şule; van Kempen, Ronald (Hrsg.), Turks in European cities: housing and urban segregation (Utrecht 1997) 41-66.
- Gürses, Hakan; Kogoj, Cornelia; Mattl, Sylvia (Hrsg.), Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration (308. Sonderausstellung des Wien Museums, Wien 2004).
- Hahn, Sylvia; Stöger, Georg, 50 Jahre österreichisch-türkisches Anwerbeabkommen (Salzburg 2014); online: http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Studien/Studie_Anwerbeabkommen_-_Uni_Salzburg.pdf.
- Haller, Max, Die Österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel (Frankfurt am Main 2008).
- Herzog-Punzenberger, Barbara, Die „2. Generation“ an zweiter Stelle? Soziale Mobilität und ethnische Segmentation in Österreich – eine Bestandsaufnahme. Im Auftrag des Wiener Integrationsfonds (Wien 2003); online: http://www.wif.wien.at/wif_site/downloads/Stud2Gen.pdf.
- John, Michael; Lichtblau, Albert, Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten. Aufsätze, Quellen, Kommentare (Graz, Wien, Köln 1990).
- Korkutan, Gabriele, „Geri dönemeyeceğiz“. Lebensgestaltung von lteren MigrantInnen aus der Trkei (= ungedr. phil. Dipl.Arb., Wien 2011).
- Latcheva, Rossalina; Obermann, Judith, Between Equal Opportunity and Marginalisation. A Longitudinal Perspective on the Social Integration of Migrants (Zentrum für Soziale Innovation, Wien 2006).
- Lichtenberger, Elisabeth, Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften (Wien, Köln, Graz 1984).
- MA 17 (Stadt Wien), Integrations- und Diversitätsmonitor der Stadt Wien 2009-2011 (Wien 2012).
- Meißl, Gerhard, Ökonomie und Urbanität. Zur wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Peter Csendes, Peter; Opll Ferdinand (Hrsg.), Wien. Geschichte einer Stadt. Bd. 3 (Wien, Köln, Weimar 2006) 651-737.
- Mitterauer, Michael, Wege nach Wien – Migration im Rückblick (= Wiener Vorlesungen im Rathaus 86, Wien 2002).
- Obermann, Judith; Hochgerner, Josef; Latcheva, Rossalina; Edthofer, Julia, Mütter und Töchter – Türkische Immigrantinnen zwischen Ambivalenz und Autonomie. Bericht über eine qualitative Studie (Wien 2006); online: <https://zsi.at/de/object/publication/1332>.
- Payer, Peter, „Gehen Sie an die Arbeit“. Zur Geschichte der „Gastarbeiter“ in Wien 1964-1989, in: Wiener Geschichtsblätter 59 (2004) 1-19.
- Perchinig, Bernhard: Von der Fremdarbeit zur Integration? (Wien 2010); online: http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Migration_10-1_FB.pdf.
- Pflegler, Siegfried, GastarbeiterInnendenkmal (= Online Hypertext Manual für Migrations-theorie, Antirassismus und einen Universalistischen Humanismus. E.Book (2013); <http://or-om.org/gadelang.pdf>.
- Pflegler, Siegfried, 50 Jahre Anwerbeabkommen Türkei – Österreich. Ein korrekatives Narrativ (Version 20.10.2014); <http://or-om.org/50JAAT.pdf>.
- Pflegler, Siegfried, Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung (Wien, München 1977); online: http://or-om.org/gastarbeiter_small.pdf.
- Reinprecht, Christoph, Nach der Gastarbeit. Prekäres Altern in der Einwanderungsgesellschaft (= Sociologica 9, Wien 2006).
- Reinprecht, Christoph, Alt nach der Gastarbeit, in: Fassmann, Heinz (Hrsg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche Rahmenbedingun-

- gen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen (Wien, Klagenfurt/Celovec 2007) 211-224.
- Reinprecht, Christoph; Unterwurzacher, Anne, Lebenslagen und Lebensqualität, Sonderauswertung des Datensatzes „Leben und Lebensqualität in Wien II (Institut für Soziologie, Wien 2006).
- Riesenfelder, Andreas; Schelepa, Susanne; Wetzel, Petra, Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien (L&R Sozialforschung, Wien 2011).
- Rosenberger, Sieglinde; Sauer, Birgit, Welche Gegenwart, welche Zukunft? Keine/eine/doppelte Integration?“ (Wien 2009).
- Rupnow, Dirk, Deprovincializing Contemporary Austrian History. Plädoyer für eine Geschichte Österreichs als Migrationsgesellschaft in transnationaler Perspektive, in: *Zeitgeschichte* 40 (2013) 5-21.
- Şahin, Hale, Unter unserem Seelenteppich. Lebensgeschichten türkischer Frauen in der Emigration (Innsbruck, Wien, Bozen 2006).
- Schmid, Kurt, Entrepreneurship von Personen mit Migrationshintergrund (= AMS-Studie, Wien 2006).
- Six-Hohenbalken, Maria, Familien mit Migrationshintergrund – Veränderungen in den ökonomischen und sozialen Beziehungen zum Herkunftsland Türkei, in: Fassmann, Heinz (Hrsg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen (Wien, Klagenfurt/Celovec 2007) 206-209.
- Statistik Austria, Integrationsbericht 2011. Vorschläge des Expertenrates (Wien 2011).
- Statistik Austria, Integrationsbericht 2012. Vorschläge des Expertenrates (Wien 2012).
- Statistik Austria, migration & integration. Zahlen.daten.indikatoren 2012 (Wien 2013).
- Statistik Austria, Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (Wien 2009).
- Ullram, Peter A., Integration in Österreich. Einstellungen, Orientierungen, und Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung (GfK-Austria, Wien 2009).
- Unterwurzacher, Anne, Migrantische Armutslagen, in: Till, Matthias; Till-Tentschert, Ursula (Hrsg.), Armutslagen in Wien. Empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht (= Schriftenreihe des Instituts für Soziologie 40, Wien 2006) 71-96.
- Waldrauch, Harald; Sohler, Karin, Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien (Wien 2004).
- Weigl, Andreas, Hinter den Kulissen des Wirtschaftswunders. Kommunale Wirtschaftspolitik im „goldenen Zeitalter“ 1953 bis 1973 (= Wiener Geschichtsblätter Beiheft 1/2011, Wien 2011).
- Weigl, Andreas, Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte (= Österreich – Zweite Republik 20, Innsbruck, Wien, Bozen 2009).
- Weiss, Hilde (Hrsg.), Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation (Wiesbaden 2007).
- Weiss, Hilde; Strodl, Robert, Soziale Kontakte und Milieus – ethnische Abschottung oder Öffnung? Zur Sozialintegration der zweiten Generation, in: Weiss (Hrsg., 2007) 97-129.
- Weiss, Hilde; Wittmann-Roum Rassouli, Moujan, Ethnische Traditionen, religiöse Bindungen und „civic identity“, in: Weiss (Hrsg., 2007) 155-188.
- Wollner, Eveline, Ausländer/innenbeschäftigungspolitik und Migration. Zur Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes und zur Bedeutung von Migration aus Weltssystemperspektive (Wien 2003); online: <http://www.grundrisse.net/grundrisse07/7auslaenderbesch.htm>.

Zusammenfassung

In den rezenten migrationspolitischen Debatten ist eine Verschiebung des Diskurses von der Einwanderung zur Integration unverkennbar. In diesem Zusammenhang hat auch die sogenannte Gastarbeiterwanderung eine Historisierung erfahren. Einen unmittelbaren Anlass dafür bot zuletzt das 50-Jahr-Jubiläum des österreichischen Anwerbeabkommens mit der Türkei. Wie sich am Beispiel der Gastarbeiterwanderung nach Wien zeigen lässt, sind die Folgen dieser Arbeitsmigration bis in die Gegenwart jedoch durchaus spürbar. Derzeit sind rund 13% der Wiener Wohnbevölkerung in (Ex-)Jugoslawien oder der Türkei geboren, von diesen rund ein Drittel vor 1990 zugewandert. Langfristig sind aus der Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei spezifische Herausforderungen an die Sozialpolitik entstanden, deren Schwerpunkt sich allmählich verlagert hat. Bildeten in den 1970er- und 1980er-Jahren der Umgang mit formalen und informellen Diskriminierungen der Gastarbeiter am Arbeits- und Wohnungsmarkt und die damit verbundenen Prozesse der Dequalifikation und Segregation zentrale Fragen der Migrationsforschung und „Integrationspolitik“, spielen mittlerweile Altersarmut, die Akzeptanz sozialer Dienste und kultursensible Angebote in der Pflegebetreuung eine größer werdende Rolle. Für Teile der zweiten und dritten Generation macht sich die bildungsferne Herkunft vieler Eltern und mit hybriden Bindestrich-Identitäten verbundene Belastungen nach wie vor allem in Form von hohen Bildungsambitionen verbunden mit abgebrochenen Bildungsverläufen nachteilig bemerkbar. Im Kern – so das Argument des hier verwendeten Schichtmodells – beruhen aber viele Integrationsprobleme der ersten wie der zweiten und dritten Generation nach wie vor auf nicht unbedingt rein ökonomischen Ressourcenkonflikten zwischen migrantisches und autochthone Unterschichten als Herausforderung von Diversitätspolitik.

Abstract

Recent debates on migration policy show a shift from immigration to integration topics. In this context beside a large number of contemporary sociological und economic studies the guestworker migration becomes more and more a matter of historical research. However the longterm consequences of the labor migration from Yugoslavia and Turkey in the time period before 1990 are still of major importance as the case of Vienna demonstrates. While in the 1970ies and 1980ies the discrimination of guestworkers on the labor and on the housing market were in the focus of both scientific research and migration policy, the situation changes a lot. Nowadays the ageing of these migrants is a growing field of social research, because many older workers have to deal with small pensions and social services, which are designed for indigenous people. One of the major problems of the next generation of the guestworker population is the gap between high ambitions of the younger generation in education and on the labor market and enormous drop-out-quotas, which indicate, the minor opportunities of advancement within the Austrian school system. Based on a model of social stratification this paper argues that the core of the matter of diversity politics could be explained by a longstanding conflict on resources between the lower stratum of the indigenous people and the first, second and third generation of the migrants from the guestworker decades. For a better understanding of this topic it is necessary to keep the history of this period in labor migration still in mind.